

Lange, Oskar

Article — Digitized Version

Aktuelle Probleme der sozialistischen Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lange, Oskar (1965) : Aktuelle Probleme der sozialistischen Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 1, pp. 26-30

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133446>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Aktuelle Probleme der sozialistischen Wirtschaft

Prof. Dr. Oskar Lange, Warschau *)

Nachstehend drucken wir den Text eines Vortrages ab, den der Verfasser, einer der bekanntesten und wegen seiner häufig unorthodoxen Ansichten auch im Westen beachteten sozialistischen Ökonomen, kürzlich in Rom gehalten hat. Vor dem Hintergrund der Veränderungen in den Volkswirtschaften des europäischen Ostens analysiert er den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Wirtschaft Polens. Angesichts der Sonderstellung, die Polen innerhalb des europäischen Ostblocks einnimmt, kommt dieser Analyse besondere Bedeutung zu. Wir meinen, daß die Ausführungen Prof. Langes, der auch Vizepräsident der Volksrepublik Polen ist, besonders in der Bundesrepublik Beachtung finden werden, wo in der handelspolitischen Annäherung an Polen nicht zuletzt ein Mittel zur Entspannung gesehen wird.

Die Zahl der sozialistischen Staaten ist heute so groß, und das sozialistische Lager umfaßt Länder, die durch das Niveau ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie die historischen Voraussetzungen so verschieden sind, daß es schwierig ist, von den aktuellen Problemen der sozialistischen Wirtschaft schlechthin zu sprechen. Ich werde mich darum auf die Probleme der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion und in den Ländern der europäischen Volksdemokratien beschränken. Die wirtschaftlichen Probleme der Volksrepublik China, Koreas, Vietnams sind durchaus anders geartet, und es wäre doch ein wenig schwierig, alles dies in einem einzigen Bericht zu behandeln.

Hat man aber diesen Bereich einmal abgegrenzt, so bleiben noch die verschiedenartigsten Verhältnisse und Fragen bestehen. Wenn mir auch die grundsätzlichen Probleme dieser Gruppe sozialistischer Länder im Prinzip die gleichen zu sein scheinen, so unterscheiden sie sich doch in den Formen und in den besonderen Umständen, in denen sie sich darbieten. Ich werde daher ziemlich allgemein über das Problem der sozialistischen Wirtschaft der von mir genannten Gruppe sprechen, werde aber für die konkrete Erläuterung meines Berichtes den besonderen Fall Polens herausgreifen. Es liegt auf der Hand, daß sich viele dieser Fragen nicht allein in Polen stellen, aber die Formen, in denen sie auftreten, können — ebenso wie ihre Lösungen — recht verschieden ausfallen.

Das Grundproblem der sozialistischen Wirtschaft heute besteht in der historischen Tatsache, daß sie in eine neue Entwicklungsphase eintritt. Zunächst hat sich die sozialistische Wirtschaft in solchen Ländern herausgebildet, die wie die UdSSR und Osteuropa in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung verhältnismäßig rückständig waren. Diese Tatsache hat von Anfang an der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft dieser Länder einen besonderen Stempel aufgedrückt. In dem einen wie in

den anderen war das Problem, das sich in erster Linie stellte, die Entfaltung der produktiven Kräfte, und zwar ganz besonders die Industrialisierung des Landes und die Modernisierung der Landwirtschaft. Die sozialistischen Wirtschaften standen vor der fundamentalen Schwierigkeit, eine hohe Wachstumsrate sicherzustellen, um den Rückstand gegenüber den weiter fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern einzuholen. Dies sollte in erster Linie mit Hilfe der Akkumulation geschehen. Hierauf mußten die Maßnahmen in Planung und Verwaltung der nationalen Wirtschaft abgestellt werden.

SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFT NICHT MEHR UNTERENTWICKELT

Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der von mir genannten Gruppe von Ländern ist indessen kürzlich in eine neue Phase eingetreten. Diese Länder, die zunächst rückständig waren, wurden auf bemerkenswerte Art und Weise industrialisiert (die Sowjetunion ist sogar die zweitgrößte Industriemacht der Welt geworden), und das allgemeine Niveau des wirtschaftlichen Lebens wurde angehoben. Man kann sagen, daß die Wirtschaft der sozialistischen Länder „gereift“ ist. Sie ist nicht mehr unterentwickelt, sondern eine moderne Industrielandschaft. Vornehmlich diese Tatsache stellt die Wirtschaftspolitik hinsichtlich der Methoden der Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung vor neue Probleme. Die Entwicklung der produktiven Kräfte innerhalb der sozialistischen Länder zeitigte als erstes Ergebnis ein höheres Niveau im Wirtschaftsleben, aber gleichzeitig stieg der Grad der Differenziertheit und der Verflochtenheit innerhalb der sozialistischen Wirtschaften. Diese wachsende Verflechtung stellt die Führung des Wirtschaftslebens vor neue Probleme.

Parallel mit der steigenden Verflechtung des Wirtschaftslebens verläuft ein anderes Phänomen, nämlich der Übergang zu neuen Bedingungen der Wirtschaftsentwicklung. Die wirtschaftliche Entwicklung in der vorigen Periode wurde durch die, wie ich sie nennen möchte, extensive Methode erreicht: in allen diesen

*) Die Übersetzung des in französischer Sprache gehaltenen Vortrages (erschienen in der Reihe der Veröffentlichungen der Accademia Polacca di Scienze e Lettere, Biblioteca di Roma — Conference, Fascicolo 23, unter dem Titel „Problèmes d'économie socialiste et de planification — Problèmes actuels de l'économie socialiste“, Warschau 1964) besorgte Christina Michalski, Hamburg.

Ländern waren große ungenutzte Reserven an menschlichen Arbeitskräften und Naturschätzen vorhanden. Die Arbeitskraftreserven bestanden hauptsächlich aus der Übervölkerung im landwirtschaftlichen Sektor und zum Teil auch aus den Arbeitslosen innerhalb der Stadtbevölkerung. Wie sollte man diese Reserven an menschlicher Arbeitskraft und Naturschätzen mobilisieren, wenn nicht mit Hilfe von Investitionen? Akkumulation und Investition sind also die Mittel gewesen, die die wirtschaftliche Entwicklung sicherstellten. Man hat Fabriken gebaut, Bergwerke errichtet, Arbeitskräfte angeworben, und das Ergebnis war zwangsläufig das Anwachsen der Produktion.

Heute ist die Wirtschaft der sozialistischen Länder und besonders derjenigen der Volksdemokratien in Europa an einem Punkt angelangt, wo sich diese Reserven mehr und mehr erschöpfen. Um das wirtschaftliche Wachstum aufrechtzuerhalten, muß man von extensiven zu intensiven Maßnahmen übergehen. Intensive Maßnahmen bedeuten Erhöhung sowohl der Arbeitsproduktivität als auch der Effizienz der Organisation der nationalen Wirtschaft sowie des technischen Fortschritts. Es genügt nicht mehr, sich zu sagen: Wenn ich auf die Akkumulation hinarbeite, habe ich die Mittel für die Investitionen; ich habe sowohl menschliche Arbeitskraft wie Naturschätze; automatisch wird also die Produktion folgen. Die Frage ist heute eine ganz andere: Es handelt sich jetzt darum, die Arbeitsproduktivität und die Effizienz der verfügbaren Produktionsmittel zu erhöhen. Diese beiden Faktoren: die wachsende Verflochtenheit der Wirtschaft und der Übergang vom extensiven zum intensiven Stadium in der wirtschaftlichen Entwicklung stellen neue Probleme. Diese betreffen:

1. die Methoden der Planung;
2. die Organisation und Verwaltung der nationalen Wirtschaft;
3. das Instrumentarium, das man einsetzen will, um eine Erhöhung der Produktivität und der Effizienz innerhalb der Wirtschaft sicherzustellen.

Seit ungefähr 1956 beobachtet man in all diesen Ländern einen Prozeß, der eine Änderung der Methoden innerhalb von Planung, Organisation und Verwaltung der nationalen Wirtschaft bewirkt. Verbunden mit diesen Änderungen sind lebhaftere wissenschaftliche Diskussionen über die Probleme, die ich aufgezeigt habe.

METHODEN DER PLANUNG

Die Frage, die sich in den verschiedenen sozialistischen Ländern erhebt, ist im Prinzip dieselbe. Es handelt sich in erster Linie um die Methoden der Planung, um das Problem, ihre höchste Wirksamkeit und insbesondere eine bessere interne Harmonisierung der Einzelpläne zu garantieren. Die Wirtschaftsplanung befindet sich zur Zeit im Übergangsstadium von der inter-

nen Harmonisierung der Pläne durch die Bilanzmethode dorthin, wo sie mehr und mehr den Erwägungen der Planoptimierung unterworfen ist.

Mit dieser Entwicklung sind die wohlbekanntesten Diskussionen über die Methoden der Planung und besonders über die Mathematisierung dieser Methoden sowie deren Verbesserungsmöglichkeiten verbunden. Die elektronischen Datenverarbeitungsmaschinen haben sich als ein nützliches Instrument für eine genauere Planung erwiesen, eine Planung, die gleichzeitig bessere Resultate hinsichtlich der Optimierung aufweist, als es mit den traditionellen Methoden erreichbar war.

Das zweite Problem, nämlich das der Organisation und Verwaltung der nationalen Wirtschaft, stellt sich ebenfalls in allen Ländern. Es handelt sich im wesentlichen darum, den Grad an Zentralisierung und Dezentralisierung in der Verwaltung der sozialistischen Wirtschaft zu bestimmen.

In der vorhergehenden Periode war die Planung sehr detailliert, und folglich war die Wirtschaftsverwaltung, die ja nichts anderes als die Realisierung der Pläne bedeutet, stark zentralisiert. Diese Zentralisierung war möglich, weil die Wirtschaft unkompliziert, in einem gewissen Sinne sogar primitiv war; man konnte sie praktisch in ihren kleinsten Details von einem einzigen Direktionszentrum aus leiten. Andererseits erschien eine solche Zentralisierung notwendig, denn die großen Entscheidungen zur Industrialisierung des Landes und zur Modernisierung der Landwirtschaft waren gleichzeitig solche, die revolutionäre Änderungen innerhalb der wirtschaftlichen und sozialen Struktur hervorriefen, Entscheidungen, die nur zentral angenommen werden konnten und deren Verwirklichung in den Details ebenfalls zentral geleitet werden mußte. Auf andere Weise hätte man nämlich die Ressourcen nicht mobilisieren und zunächst auf die Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur sowie anschließend auf die Industrialisierung des Landes und die Modernisierung der Landwirtschaft konzentrieren können. Man wäre Gefahr gelaufen, seine Anstrengungen aus Mangel an Koordination umsonst gemacht zu haben oder sie zumindest verzettelt zu sehen.

Nun, da die Wirtschaft umfassender und komplexer geworden ist, erheben sich die Fragen in einer anderen Art und Weise. In der Sowjetunion zählte man vor einigen Jahren 200 000 Industrieunternehmen und 100 000 Bauunternehmen, zusammen also 300 000 Einheiten. Heute muß die Zahl sehr viel höher liegen. Es ist offensichtlich, daß man einen derartigen Komplex nicht auf dieselbe Weise dirigieren kann, wie man es noch vor etwa zwanzig Jahren tat, als die Anzahl der Einheiten, nehmen wir einmal an, ein Zehntel oder ein Zwanzigstel der heutigen Summe betrug. Ich folgere hieraus, daß sich das Problem der Verwaltungsdezentralisierung in allen Ländern stellt.

In der Sowjetunion hat die Lösung die Form der territorialen Organisation gefunden, eine weithin be-

kannte Form, über die in der Weltpresse berichtet wurde. Man hat in der UdSSR verschiedene Experimente durchgeführt und eine sehr weitreichende Dezentralisation erreicht mit mehr als hundert territorialen Einheiten, die „Volkswirtschaftsräte“ genannt werden. Kürzlich hat man allerdings eine gewisse Verdichtung vorgenommen, indem man die Zahl dieser Einheiten auf ein Viertel der früheren Anzahl reduzierte, wenn auch die Idee einer territorialen Organisation auf dem Gebiet der Verwaltung der Volkswirtschaft aufrechterhalten worden ist. Der Leitgedanke der zentralen Planung mit einer mehr oder weniger dezentralisierten Verwaltung, das heißt Durchführung der Pläne, bleibt allerdings bestehen.

In Polen hat man im Prinzip das gleiche gemacht, ob schon mit dem Unterschied, daß die Basis der neuen Organisation nicht territorialer Art ist. Ich glaube, daß der territoriale Charakter der Dezentralisation in der Sowjetunion in erster Linie durch die geographische Ausdehnung des Landes bestimmt worden ist. In Polen stellte sich das Problem nicht in gleicher Weise; das Land ist nicht so groß, und man hat eine gewisse Dezentralisierung dadurch erreicht, daß man die Autonomie der Unternehmungen und industriellen Planungszentren erhöht hat. So zum Beispiel im Kohlenbergbau, in der chemischen Industrie und anderen Bereichen sowie in Privatbetrieben. In der Tschechoslowakei ist man im Prinzip nach einer Methode ähnlich derjenigen Polens vorgegangen. Das heißt: Man verfolgte eine Dezentralisierung in Richtung auf die Industrieunternehmen und nicht territorial, mit dem Unterschied, daß nicht die einzelne Unternehmung die Basis der Dezentralisierung darstellte, sondern vielmehr eine ganze Gruppe von Unternehmungen desselben Industriezweiges. In anderen Ländern hat man wiederum in den Details andersartige Methoden verwandt, doch ist der Leitgedanke derselbe.

In Polen, um ein konkretes Beispiel zu nennen, hat man die Autonomie der Unternehmungen vergrößert, indem man ihnen die Entscheidung über die Produktion selbst überließ und ihnen darüber hinaus gestattete, gewisse Investitionen autonom vorzunehmen. Um bei dem Beispiel Polens zu bleiben, die Basisinvestitionen der Unternehmung werden durch den Zentralplan bestimmt und durch eine Dotation seitens der Staatskasse finanziert. Die Unternehmung hat eigenes Kapital, das sie für zusätzliche Investitionen ohne besondere Erlaubnis verwenden darf, und sie kann darüber hinaus auf der Basis von Bankanleihen Investitionen vornehmen. Der Grundgedanke beruht darauf, daß der Hauptteil der Investitionen — sagen wir 70 bis 80 % der Gesamtinvestitionen — durch den Zentralplan bestimmt wird, und zwar in dem Maße, daß die Richtung in der Entwicklung der Volkswirtschaft festgelegt wird, daß aber andererseits den Unternehmungen ein Teil in Gestalt autonomer Investitionen verbleibt, was die Flexibilität des Wirtschaftssystems sicherstellen dürfte.

In der Praxis ist man auf Schwierigkeiten gestoßen; es läuft nicht immer genauso, wie ich es Ihnen geschildert habe, aber immerhin ist dies das Prinzip, das zur Anwendung kommt.

Ein weiteres Problem, das sich beim Übergang von einem Stadium wirtschaftlicher Entwicklung zum anderen ergibt, ist die Frage nach den Maßnahmen zur Durchführung der Pläne.

SCHAFFUNG VON LEISTUNGSANREIZEN

Bei uns unterscheidet man im allgemeinen zwei Typen von Maßnahmen, nämlich administrative und wirtschaftliche. Unter administrativen Maßnahmen versteht man die unmittelbare Zuweisung der Investitionsgüter, Rohstoffe und ebenfalls der Produktionsaufgaben. Unter wirtschaftlichen Maßnahmen versteht man dagegen die Schaffung ökonomischer Anreize, die dazu bestimmt sind, sicherzustellen, daß die Unternehmungen oder andere Einheiten der Volkswirtschaft nach der durch den Plan vorgesehenen Art und Weise handeln.

Man hat in Polen und in anderen sozialistischen Ländern viel darüber diskutiert, ob man den administrativen oder den wirtschaftlichen Maßnahmen den Vorrang geben sollte. Die vorangegangene Periode war durch die beinahe alleinige Anwendung administrativer Maßnahmen gekennzeichnet; man hat allerdings aus reiner Opposition jetzt sogar daran gedacht, die administrativen Maßnahmen in der Verwaltung der Volkswirtschaft vollständig abzuschaffen.

Zu guter Letzt hat man sich nun darauf geeinigt, daß die Priorität dieser oder jener Maßnahmenkategorie von bestimmten Bedingungen abhängig ist und daß man die einen oder die anderen je nach Lage der Dinge den Notwendigkeiten entsprechend einsetzen sollte. Das tatsächliche Problem der Verwaltung der sozialistischen Wirtschaft besteht also darin, die administrativen und die wirtschaftlichen Maßnahmen in Einklang zu bringen und es nicht zu Situationen kommen zu lassen — auch wenn man zugeben muß, daß dies zuweilen geschieht —, in denen die wirtschaftlichen Maßnahmen, also die ökonomischen Anreize, die Unternehmungen und andere Einheiten dazu veranlassen, in anderer Weise zu handeln, als es gemäß den administrativen Anordnungen der zentralen Lenkungsstelle verlangt wird. Die Problematik der ökonomischen Maßnahmen, nämlich die Harmonisierung der wirtschaftlichen Anreize mit den administrativen Anordnungen und mit den durch den Plan gestellten Zielen, stellt heute vielleicht das zentrale Problem bei der Verwaltung der sozialistischen Wirtschaft dar.

Ein Aspekt dieses Problems ist die Bestimmung der Preise in der sozialistischen Wirtschaft. Diese Frage taucht in steigendem Maße in allen sozialistischen Ländern auf, von denen ich hier spreche; sie steht im

Zentrum der wirtschaftlichen Diskussion. Welches sind die Grundsätze für die Preisfestsetzung in der sozialistischen Wirtschaft? Wie muß man die Preise fixieren, damit sie auch tatsächlich für die wirtschaftliche Entwicklung als Anreiz dienen? Ich will hier nicht in die Diskussion eingreifen. Ich glaube aber, daß hier einer der bekanntesten Diskussionspunkte liegt.

Ein anderer Aspekt dieses Problems ist die Frage nach den Kriterien für die Aktivität der sozialistischen Unternehmung; im besonderen die Frage, ob es möglich ist, für die sozialistische Unternehmung ein einziges Kriterium für die Effizienz ihrer Aktivität zu finden, in Form des Profits, oder ob man abgesehen vom Profit andere Kriterien berücksichtigen muß, nämlich Indizes, die an realwirtschaftlichen Größen orientiert sind (zum Beispiel Produktionsauswahl, Anzahl der erforderlichen Arbeiter usw.). Darüber hinaus hat es noch weitere Diskussionen gegeben, die bis heute noch nicht zu einem allgemein akzeptierten Ergebnis geführt haben. Dieses Problem ist eng mit dem der Preisfixierung verbunden; denn diejenigen, die den Gewinn als alleiniges Kriterium für die Aktivität der sozialistischen Unternehmung nicht gelten lassen wollen, behaupten, daß dieses Kriterium die Unternehmung dazu führe, ein von den Planforderungen abweichendes Warensortiment zu produzieren. Tatsächlich jedoch geschieht folgendes: Unter der Bedingung, daß man über ein an Preisen orientiertes System verfügt, könnte man sicherstellen, daß gerade die vom Plan mit besonderem Nachdruck geforderten Produkte auch am vorteilhaftesten für die Unternehmung sind. Man sieht also, wie die Frage des Gewinnkriteriums als Maßstab für die Effizienz der Unternehmung und das Preissystem miteinander verbunden sind.

SOZIOLOGISCHE ASPEKTE DER ENTWICKLUNG

Wenn man von einem Wechsel in den Methoden der Planung und der Verwaltung der sozialistischen Wirtschaft spricht, muß man ebenfalls kurz hinzufügen, daß die sozialistischen Länder nicht nur eine Änderung in ihrer Wirtschaftsstruktur, sondern gleichfalls eine wesentliche Wandlung in ihrer Sozialstruktur erfahren haben. Zu Beginn überwog in diesen Ländern die Landbevölkerung. Die Industrialisierung hat die Arbeiterklasse vergrößert, aber diese hat, bedingt durch ihre bäuerliche Herkunft, viele der soziologischen, psychologischen und selbst politischen Eigentümlichkeiten der Bauernschaft beibehalten. Diese Arbeiterklasse reift heran, wird etwas Eigenständiges und paßt sich mehr und mehr dem Leben der Industriegesellschaft an. Die Folge sind neue soziologische Probleme in der Verwaltung der sozialistischen Wirtschaft, wobei das Grundproblem das der Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung der Unternehmen darstellt — das Problem der Selbstverwaltung der Arbeiterschaft in der Industrie.

In Ländern wie Polen wurde dieses Problem 1956 offenkundig, und auch die Sowjetunion hat vor kurzem bereits viel in dieser Hinsicht getan. Ich glaube, daß dies nur der Beginn einer Entwicklung ist, denn der Reifeprozess, das Herauskristallisieren der Arbeiterklasse und deren Bewußtwerden, werden einen tiefgreifenden Einfluß auf die Entwicklung der Verwaltung der sozialistischen Wirtschaften ausüben.

Ein anderer Faktor, der in dieser Phase dominant geworden ist, ist die Entwicklung einer neuen sozialistischen „Intelligenzia“: Ingenieure, Direktoren sowie Lehrer und Spezialisten in der wissenschaftlichen Forschung. Auch diese Tatsache übt ihren Einfluß auf die Entwicklung der Verwaltungsmethoden in der sozialistischen Wirtschaft aus. Man kann zusammenfassend sagen: Im gleichen Maße, wie sich die Arbeiterklasse allmählich ihrer selbst und ihrer Rolle bewußter wird, verwirklicht sich die Demokratisierung der Verwaltung durch eine wachsende Mitwirkung der Arbeiter. Auf der anderen Seite wird die „Intelligenzia“ der Verfechter des Effizienzgedankens in der sozialistischen Wirtschaft, der Verfechter für die Anwendung von Methoden, die auf neuen wissenschaftlichen Entwicklungen basieren, auf Strömungen, wie beispielsweise der Mathematisierung der Planung sowie des Einsatzes der Kybernetik in der Verwaltungsorganisation.

Es ist noch zu früh, etwas darüber auszusagen, wie diese beiden soziologischen Faktoren — die ich hier in einer sehr vereinfachten Form dargestellt habe — in Zukunft die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft beeinflussen werden.

ZUSAMMENARBEIT MIT SOZIALISTISCHEN LÄNDERN

Schließlich lassen Sie mich noch bemerken, daß das Wachstum der sozialistischen Wirtschaft in steigendem Maße die Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder aufwirft. Mehr und mehr bringt die Industrialisierung für die meisten sozialistischen Länder die Frage des Außenhandels, des Imports sowohl wie des Exports, auf die Tagesordnung. Allerdings besteht in diesem Bereich zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern in Europa ein gewisser Unterschied. Die Sowjetunion ist geographisch sehr ausgedehnt, sie hat einen solchen Reichtum und eine solche Mannigfaltigkeit an natürlichen Ressourcen, daß sich für sie das Problem des Außenhandels nicht so dringend stellt wie für die anderen Länder, die viel kleiner sind und die nicht über diese Vielfalt der Ressourcen verfügen und daher immer stärker vom Import abhängig werden. In Polen werden, wie ich glaube, fast 20 % des Volkseinkommens für Importe ausgegeben; in der Tschechoslowakei und in Ungarn wahrscheinlich noch mehr. Daraus ergeben sich zwei Probleme: Das Problem der

wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und das Problem der Beziehungen dieser Länder zur kapitalistischen Welt. Ich beschränke mich hier auf die Untersuchung des ersten Fragenkreises. Das Problem der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern besteht in der Koordination ihrer Entwicklungspläne. Vor vier Jahren ungefähr erfolgte die Koordination der Nationalpläne der verschiedenen sozialistischen Länder noch auf indirekte Weise durch langfristige Handelsabkommen. Man unterzeichnete im Prinzip fünfjährige Abkommen, und diese dienten als Basis für die Planung; muß man doch die Produktion derjenigen Güter, die man sich verpflichtet hat zu exportieren, und nicht weniger die Importe, die man von anderen sozialistischen Ländern erwartet, als Planbestandteil betrachten.

Diese Methode der indirekten Koordination ist heute jedoch nicht mehr ausreichend; bei dem Entwicklungsstand, den die sozialistischen Länder heute erreicht haben, genügt sie nicht mehr.

Es handelt sich jetzt darum, zu einer direkten Koordination der Pläne überzugehen, das heißt praktisch in erster Linie zu einer Abstimmung der Investitionen. Muß Polen Kraftwagen produzieren, wenn es die Tschechoslowakei tut? Wenn ja, welche Typen soll man den Tschechoslowaken vorbehalten? Man hat in Verbindung mit der von den sozialistischen Ländern gemeinschaftlich gefaßten Entschließung im Rahmen des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe — Comecon, wie man ihn im Westen nennt — festgelegt, Entwicklungspläne aufzustellen, die sich über 20 Jahre bis zum Jahr 1980 erstrecken, und diese Pläne aufeinander abzustimmen. Die Koordinierung erfolgt bei gegenseitiger Übereinstimmung in gemischten Kommissionen für die verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungsbereiche — sagen wir Energie, Maschinenbau, chemische Industrie — und ebenfalls für gewisse Probleme allgemeinerer Art mit dem Ziel, eine möglichst weitreichende Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern, die dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe angehören, sicherzustellen. Über die allgemeinen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Ländern des Rats hinaus werden ebenfalls im Rahmen des Rats spezielle Kooperationsverträge zwischen zwei oder mehreren Ländern unterzeichnet werden. Besonders im Hinblick auf die Entwicklung der Maschinenindustrie und später ebenfalls der chemischen Industrie hat man den Gedanken geäußert, eine ähnliche Zusammenarbeit zwischen Polen, der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik herzustellen. Andere spezielle Vereinbarungen könnten den Umständen entsprechend auch für andere Bereiche zwischen zwei, drei oder vier Ländern unterzeichnet werden.

Das Ziel dieser Spezialisierung ist in erster Linie die Erhöhung der Produktivität und die Senkung der Produktionskosten. Man kann das Vorhandensein einer gewissen Tendenz beobachten, gemeinschaftliche Unternehmungen in zwei oder mehreren sozialistischen Ländern zu gründen. Im Augenblick befindet sich die Schaffung gemeinsamer Unternehmungen allerdings noch im Anfangszustand. Ein Beispiel weitergehender Zusammenarbeit sind die Pipelines, die von der Sowjetunion nach Polen, Ungarn, in die Tschechoslowakei und auch in die Deutsche Demokratische Republik laufen. Es handelt sich hier allerdings noch nicht um ein Gemeinschaftsunternehmen im eigentlichen Sinne, denn die Investitionen in jedem Land wurden durch das Land selbst vorgenommen. Es ist also nur eine Koordination der Investitionen nach einem gemeinsamen Programm. Die Möglichkeit wirklich gemeinschaftlicher Unternehmen dürfte erst durch eine Bank geschaffen werden, die im Entstehen ist. Diese Bank wird besonders die Finanzierung gemeinschaftlicher Unternehmungen verschiedener sozialistischer Länder zum Ziel haben.

Die wachsende Zusammenarbeit der sozialistischen Länder bedeutet keine Autarkiepolitik, auch nicht im Rahmen aller dieser Länder. Ich glaube, daß es sich lohnt, hier zwei Details herauszustellen. Die Bank, die ich erwähnt habe, beabsichtigt auch, Kredite an Mitgliedstaaten zum Zwecke der Entwicklung von Handelsbeziehungen mit den nicht-sozialistischen Ländern zu geben, indem sie einen Devisenfonds schafft. Es existiert ein Kooperationsvorhaben im Bereich des Maschinenbaues zwischen Polen, der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik. Das Hauptziel dieser Zusammenarbeit ist die Senkung der Produktionskosten; denn jedes Land wird die Möglichkeit haben, von der Produktion einer großen Anzahl verschiedener Maschinentypen auf eine spezialisiertere Produktion in größerem Maßstab überzugehen. Die Kostensenkung kommt zwar den unmittelbar internen Verhältnissen entgegen, sie hat aber gleichzeitig den Vorzug, den Maschinenexport in Länder außerhalb des sozialistischen Lagers zu erleichtern.

Diese beiden Punkte, die ich herausgehoben habe, zeigen, daß die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern, die sich in der Entwicklung befinden, nicht zum Ziel hat, eine Autarkie im Bereich des sozialistischen Lagers zu schaffen. Ihr Hauptziel ist die Steigerung der Produktion, die Steigerung des Volkseinkommens und des Wohlstands der sozialistischen Völker, und die Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zu den nicht-sozialistischen Ländern wird als wichtiger Bestandteil dieser Aufgabe angesehen. Die internationale Zusammenarbeit mit der ganzen Welt ist ein wesentlicher und entscheidender Faktor in der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und wird es auch immer bleiben.